

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verlagsort:
Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlaag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 287

Donnerstag, den 8. Dezember 1927

101. Jahrgang

Litauens Anklage

Woldemaras 3 Forderungen — Zaleskis Antwort

Der große Tag in Genf. — Woldemaras spricht.

U. Genf, 7. Dez. Der Völkerbundsrat eröffnete heute nachmittags in einer öffentlichen Sitzung die Debatte über den polnisch-litauischen Streitfall. Der Sitzungssaal bot das Bild eines großen Tages. Sämtliche Mitglieder des Völkerbundsrates sowie sämtliche Delegationen waren vollständig erschienen. Der Andrang der Presse und des Publikums war ungewöhnlich groß. Zu Beginn der Sitzung forderte der Präsident den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, der in Begleitung des litauischen Gesandten in Paris kurz vor der Eröffnung der Sitzung erschienen war, auf, am Ratsstisch Platz zu nehmen und erteilte ihm sofort das Wort. In einer etwa dreiviertelstündigen Rede schilderte Woldemaras in chronologischer Reihenfolge die Ereignisse der letzten Monate, die zu dem Antrage Litauens beim Völkerbund geführt hatten. Woldemaras sprach frei. Er betonte, daß bereits gleich nach Kriegsausbruch die Frage aufgetaucht sei, wie die östlichen Randstaaten ihre Unabhängigkeit würden aufrechterhalten können. Allein das Vertrauen auf den Völkerbund als unparteiische übernationale Instanz gewährte eine Garantie für die Sicherheit dieser Staaten. In dieser Hoffnung habe Litauen sich an den Rat gewandt, um ihm die Tatsachen zu unterbreiten, die die Ruhe und den Frieden im Osten stören könnten. Woldemaras hob hervor, daß die Beziehungen zwischen Polen und Litauen zurzeit Konfliktstoff in sich trügen. Die litauische Regierung habe die größten Anstrengungen gemacht, um zu einer friedlichen Regelung der Beziehungen zu Polen zu gelangen. Die Propaganda der litauischen Regierung habe in Polen Ablehnung erfahren. In der letzten Zeit seien neue höchst beunruhigende Momente zutage getreten. Woldemaras wies sodann auf den Appell einer Gruppe von litauischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität hin, in dem der Völkerbund und die polnische Regierung um Hilfe gegen die Vergewaltigungsmassnahmen der litauischen Regierung angerufen worden seien. Woldemaras erklärte, dieser Appell sei eine Fälschung von Tatsachen, die leicht zu beweisen sei. Die Anschuldigungen gegen die litauische Regierung sei erjunden. Seitdem wären fortgesetzt Nachrichten bei der litauischen Regierung eingetroffen, daß in Polen ungewöhnliche Maßnahmen vorbereitet würden. Am Jahrestag der Einnahme Wilnas durch General Belegowski habe unter Anwesenheit von Pilsudski eine Feier in Wilna stattgefunden, die einen für Litauen beunruhigenden Charakter getragen hätte. Woldemaras schilderte dann eingehend die Vorgänge auf dem litauischen Emigrantenkongreß in Riga, der unter wesentlicher Mitwirkung und Hilfe des polnischen Gesandten und des polnischen Militärattachés in Riga zustande gekommen sei. Wie die litauische Regierung nachträglich erfahren habe, seien damals zwei Aktionen vorbereitet gewesen. Ein Appell an das litauische Volk und Sturz der litauischen Regierung. Ferner militärische Aktionen polnischer Banden gegen Wilna und Aufnahme direkter Beziehungen mit der polnischen Regierung. Woldemaras erklärte, wenn die diplomatischen Archive einmal geöffnet würden, so würden viele Tatsachen bekannt werden, die diese Situation näher beleuchten würden. Woldemaras wies auf das Interview Pilsudskis an die polnische Telegraphen-Agentur hin, aus dem klar hervorgehe, daß Marschall Pilsudski Mobilisierungsmaßnahmen gegen Litauen erwogen habe. Seine Behauptung, die litauische Armee habe ihrerseits mobil gemacht, entspreche in keiner Weise den Tatsachen. Die polnische Regierung vertusche durch derartige Erklärungen ihre eigenen Pläne gegen Litauen. Er habe sogar in Genf Telegramme erhalten, nach denen sich die polnischen Truppen in den letzten Tagen bis auf 10 Kilometer der litauischen Grenze genähert hätten unter der Begründung, Litauen beabsichtige, Polen anzugreifen. Die litauische Regierung erachte es nun für ihre Pflicht, diese Tatsachen dem Völkerbund bekanntzugeben. Der litauischen Regierung sei von der Bevölkerung Litauens schon der schwere Vorwurf von Verrat gemacht worden. Woldemaras schloß mit der Erklärung, die litauische Regierung hege das volle Vertrauen, daß der Völkerbund hier eingreifen und den gegenwärtigen Zustand abändern werde. Er beantragte sodann die bereits gemeldeten Maßnahmen zum Schutze des litauischen Staates.

U. Genf, 8. Dez. In der gestrigen öffentlichen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates beantragte der litauische

Ministerpräsident Woldemaras nach eingehender Darlegung der Ereignisse, die sich seit dem Oktober des Jahres zwischen Polen und Litauen abgespielt haben, folgende Maßnahmen des Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen Konfliktes:

1. Der Völkerbundsrat soll eine internationale Kontrollkommission schaffen, die an Ort und Stelle, und zwar auf beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze über die militärische Lage an der Grenze sich informieren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll.

2. Die litauische Regierung beantragt, daß die polnischen Banden im Gebiet von Wilna aufgelöst werden. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation dieser Banden eine dauernde ernsthafte Bedrohung Litauens bedeute. Sie seien geschaffen worden, um Litauen zu befehen. Die litauische Regierung sei der Ansicht, daß die Organisation der Banden in Litauen der polnischen Regierung zur Last gelegt werden müßte und einem direkten militärischen Angriff Polens auf Litauen gleichkäme.

3. Die litauische Regierung beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung derjenigen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationalität ergriffen hat.

Die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten im Völkerbundsrat dauerten etwa 1/2 Stunden. Anschließend ergriff sodann der polnische Außenminister Zaleski das Wort

U. Genf, 8. Dez. Im Anschluß an die Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras verlas in der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkerbundsrates der polnische Außenminister Zaleski ein schriftliches Memorandum, in dem er alle Einzelheiten der Entwicklung der polnisch-litauischen Beziehungen schilderte. Zaleski ging von den in der litauischen Klage beim Völkerbund erhobenen drei Vorwürfe aus. Diese werfen Polen wie dem Vatikan hinsichtlich der Behandlung der litauischen Geistlichen im Wilnagebiet eine Konfordsatsverletzung vor. Ebenso werfen sie Polen eine Verletzung des Minderheitenrechts und Angriffs vorbereitungen gegen die Unabhängigkeit Litauens vor. Zaleski erklärte u. a. darauf: Ueber die Konfordsatsverletzung stehe es nur dem Papst zu, eine Klage vorzubringen. Die Klage sei bisher noch nicht erfolgt und so könne sie auch nicht vor dem Rat behandelt werden. Für den Minderheitenrechts sachen die Minderheitenverträge ein bestimmtes Klageverfahren beim Völkerbund vor. Dieses Klageverfahren, das sich auch auf sämtliche Minderheiten im Wilnagebiet beziehe, sei bisher noch nicht eingereicht worden. Daher lehne es die polnische Regierung ab, über diese Frage vor dem Völkerbundsrat zu verhandeln. Zaleski appellierte hierauf an Litauen, den polnischen Minderheiten in Litauen die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen, wie sie die litauischen Minderheiten durch die polnische Regierung erfahren hätten. Die litauischen Beschuldigungen über militärische Vorbereitungen Polens begründeten sich auf unzureichende Presse-meldungen und entbehrten jeglicher Grundlage. Auch die Beschwerde der litauischen Regierung über die Unterdrückung der litauischen Emigranten durch Polen wies Zaleski als unbegründet zurück. Zaleski beschäftigte sich alsdann rückblickend mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit dem Jahre 1918. Alle Versuche seit jener Zeit, normale Beziehungen mit Litauen herzustellen, seien fruchtlos geblieben. Die Vorkonferenz habe schließlich die Grenze zwischen beiden Ländern endgültig festgelegt. Trotzdem sei eine Ausnahme normaler Beziehungen nicht möglich gewesen. Litauen habe ferner die Memellkonvention nicht erfüllt, weil es mit dem Hinweis auf den Kriegszustand den Transitverkehr nach Memel nicht zulasse. Man müsse sich fragen, ob die Großmächte nicht einen Fehler begangen hätten, als sie das Memelgebiet Litauen anvertrauten. Polen habe das Recht, auf Grund des Art. 11 des Völkerbundsaktes, vom Rat alle für die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten notwendigen Maßnahmen zu fordern. Es sei Sache des Völkerbundes, darüber zu nachdenken, daß Litauen nicht noch einmal die von Polen ausgestreckte Hand zurückweise.

Neuregelung der Lohnsteuer

Senkung um ein Prozent.

Berlin, 7. Dez. Der Entwurf, den die Reichsregierung am Dienstag dem Reichsrat über die Neuregelung der Lohnsteuer hat ausgehen lassen, wird jetzt in seinen Einzelheiten

Tages-Spiegel

Genf hatte einen großen Tag. Woldemaras forderte eine Untersuchung des polnischen Grenzgebietes durch eine Kommission; Zaleski hat an den drei Forderungen vorbeigeprochen.

Der polnische Ministerpräsident Pilsudski ist mit neuen Vorschlägen nach Genf abgereist.

In England hat die Vorkonferenz Coolidges über die Flottenrüstung peinliches Aussehen erregt.

Präsident Coolidge erklärte seinen Entschluß, nicht wieder zu kandidieren, für unwiderruflich.

Die Reichsregierung will eine Senkung der Lohnsteuer um 1 Prozent eintreten lassen.

In Paris erwartet man eine baldige Aussprache zwischen Briand und Mussolini.

Bekannt. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, geht der Reichsfinanzminister andere Wege als die Sozialdemokraten, die eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums um 40 Mark verlangten und dadurch die Lohnsteuer auf die Hälfte zusammengespart hätten. Dr. Köhler will an dem steuerfreien Existenzminimum nichts ändern. Er will eine Erleichterung schaffen einmal durch Erhöhung der Familienabgabe und durch eine Auseinanderziehung des Steuerersatzes. Gleichzeitig wird der Steuerfuß bei der Lohnsteuer von 10 auf 9 Prozent herabgesetzt. Die Familienabgabe sollen für die Ehefrau um 60 von 120 auf 180 Mark, für das erste Kind in derselben Höhe gesteigert werden. Für das zweite Kind wachsen sie von 240 auf 360 Mark, für das dritte Kind von 480 auf 600 Mark an und so fort. Der Steuerersatz steigt von 8000 Mark zunächst auf 9 1/2 Prozent, von 10 000 Mark auf 11 1/2 Prozent, von 12 000 Mark auf 13 Prozent, von 16 000 Mark auf 15 Prozent und so fort, um zuletzt eine Höhe von 40 Prozent zu erreichen. Die jährliche Höchstgrenze der Lohnsteuer, die nach der Ley Brünning auf 1200 Mark festgesetzt war, soll auf 1300 Mark begrenzt werden.

Gegen die Vorlage werden jetzt bereits erhebliche Einwendungen erhoben. Es wird darauf hingewiesen, daß, so wünschenswert an sich die Steuererleichterung für die Familien und für die Kinder sei, doch zunächst nachgeprüft werden müsse, wie hoch der entsprechende Anfall dieser Neuordnung sich stellt, während gleichzeitig ein langsames Ansteigen der Steuerzahler über 10 000 Mark hinaus verlangt wird.

Aus dem Reichstag heraus wird auch der Wunsch erneut laut, eine Relation zwischen der Lohnsteuer auf der einen Seite und der Einkommen- und Kapitalsteuer auf der anderen Seite festzulegen. Das Verhältnis hat sich in den letzten Jahren außerordentlich verschoben. Die Lohnsteuer ist im Vergleich zu dem Ertrag der Einkommensteuer auf die Hälfte gesunken. Man will nun darauf abkommen, daß für den Ertrag der beiden Steuern ein für allemal eine bestimmte Relation hergestellt wird, deren Verschiebung nach der einen oder anderen Seite jeweils eine Erhöhung oder Verminderung automatisch notwendig machen würde.

U. Berlin, 8. Dez. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beschloß, dem Landtage folgende Entschlieung zu unterbreiten: Um einen möglichst großen Teil der Beamten usw. noch vor Weihnachten in den Besitz der Nachzahlungen gelangen zu lassen, wird das Staatsministerium ermächtigt, bereits vor der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten vorbehaltlich der endgültigen Regelung vorläufige Zahlungen nach Maßgabe der Regierungsvorlage und des Stellenplanes unter Berücksichtigung der Beschlässe des Hauptausschusses leisten zu lassen.

Schlichtungsverhandlungen in der Eisenindustrie

U. Essen, 7. Dez. Nachdem die direkten Verhandlungen zwischen der Großeisenindustrie und den Gewerkschaften heute vormittag ergebnislos abgebrochen worden sind, begannen heute nachmittag die Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Fötten.

Aus dem Völkerbund

II. Genf, 8. Dez. Ueber den Inhalt der Fünfmächtebesprechung wurde gestern von maßgebender deutscher Seite folgendes mitgeteilt: Die Unterredung fand auf eine Einladung Briands statt, der die Vertreter von England, Deutschland, Italien und Japan zum Tee eingeladen hatte, um sich hierbei über den weiteren Verhandlungsmodus des polnisch-litauischen Konfliktes auszupreisen zu können. Hierbei sind neben der Erörterung des polnisch-litauischen Konfliktes auch die übrigen auf der Tagesordnung des Rates stehenden Fragen sowie die Herabsetzung der Zahl der Rats tagungen erörtert worden.

In bezug auf die weitere Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles sind folgende Vereinbarungen zwischen den Mächten erzielt worden: Der Völkerbund wird heute nachmittag um 1/4 Uhr in einer öffentlichen Sitzung die Diskussion über den polnisch-litauischen Streitfall beginnen. Hierbei wird als erster der litauische Ministerpräsident Wolbomaras eine Erklärung abgeben, an die sich dann eine Erklärung des polnischen Außenministers Zaleski anschließen wird. Der holländische Außenminister Blootland wird zum Berichterstatter für diese Frage ernannt werden und vom Völkerbund beauftragt werden, ein Protokoll über diese Frage herzustellen.

Wie ausdrücklich erklärt wird, ist in der gestrigen Fünfmächtebesprechung in großen Zügen eine einheitliche Auffassung zwischen den Mächten über die weitere Behandlung des litauisch-polnischen Streitfalles festgestellt worden, und zwar ist man übereingekommen, daß in erster Linie eine Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen herbeigeführt werden soll. Ferner wird mitgeteilt, daß der litauische Ministerpräsident Wolbomaras eine Rechtsverwahrung in der Litua-Frage zu Protokoll geben wird. Diese Erklärung wird ausdrücklich in das Protokoll des Berichterstatters aufgenommen werden. Von polnischer Seite ist man bereit diese Rechtsverwahrung Litauens zur Kenntnis zu nehmen.

II. Genf, 8. Dez. Die Verhandlungen am Sonntagabend haben bis spät in die Nacht angebauert. Es fand eine längere Unterredung zwischen Zaleski und dem italienischen Senator Scialoja statt. Ferner suchte der hier eingetroffene litauische Ministerpräsident Wolbomaras Litwinow im Hotel auf. Wolbomaras wird dann auch noch von Briand empfangen werden. Von polnischer Seite wird erklärt, daß in der Unterredung zwischen Zaleski und Briand dieser ausdrücklich betont habe, Polen verfolge keine anderen Ziele, als den gegenwärtigen latenten Kriegszustand zwischen den beiden Ländern zu beendigen und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen wieder anzunehmen. Die Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa liege im Interesse sämtlicher Mächte. Wie von polnischer Seite weiter mitgeteilt wird, dürfte Bismarck voraussichtlich am Donnerstag hier eintreffen. Die Entscheidung darüber wird wohl von den Verhandlungen dieser Tage abhängen, über die Zaleski fortlaufend nach Warschau berichtet.

Der Völkerbundsrat hielt im Anschluß an die öffentliche Sitzung eine geheime Sitzung ab, in deren Verlauf die vier Präsidenten der Untersuchungskommissionen des Völkerbundes ernannt wurden. Der Präsident der Untersuchungskommission für Deutschland, der französische General Barattier, sowie der Präsident der bulgarischen Untersuchungskommission, der holländische Oberst Schulmann, wurden wiederum für ein weiteres Jahr ernannt, dagegen zum Präsidenten der österreichischen Untersuchungskommission der italienische General Calcagno und zum Präsidenten der ungarischen Untersuchungskommission der englische General Elve ernannt. Ferner beschloß der Völkerbundsrat auf Vorschlag Dr. Strefemanns, den Holländer Collin, der bereits den Vorsitz

der ersten Konferenz zur Beschränkung der Aus- u. Einfuhrhemmungen hatte, zum Präsidenten der bevorstehenden zweiten Konferenz zu ernennen.

Vor der Konferenz hatte am Nachmittag der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen und der griechische Außenminister Michalakowlos bei Dr. Strefemann Besuche gemacht. Zwischen dem griechischen und dem deutschen Außenminister handelte es sich um den Fall „Salamis“.

II. Genf, 8. Dez. Für die Erörterung der Danziger Westerbanksfrage im Völkerbundsrat liegt zur Zeit ein Gutachten des englischen Juristen Sir Cecil Hurst und des italienischen Juristen Pliotti vor, die dieses auf Ersuchen des Berichterstatters für die Danziger Frage, Villegas, im Haag erstattet haben. Das Gutachten soll als Grundlage für den Bericht Villegas' an den Rat dienen. Dieses Gutachten befindet sich bereits seit mehreren Wochen im Völkerbundssekretariat, wird jedoch bisher aufs strengste geheimgehalten. Diese Behandlung des Gutachtens der beiden bekannten Juristen muß als äußerst befremdend empfunden werden. Diese ungewöhnliche Geheimhaltung des Völkerbundssekretariats, die in keiner Weise den Interessen des Völkerbundes entspricht, wirkt umso bestrebender, als wie verlautet, das Gutachten im großen den Wünschen Danzigs entspricht. Es besteht die Befürchtung, daß die Geheimhaltung dieses Gutachtens, das von so entscheidender Bedeutung für die Danziger Interessen ist, in der Danziger Öffentlichkeit allgemeine Verwirrung hervorrufen wird, da man mit Recht hierin den Versuch erblickt wird, die in den nächsten Tagen bevorstehende Entscheidung des Völkerbundsrates in einem Sinne zu beeinflussen, der keineswegs den Grundsätzen des Rechtsgutachtens der beiden Juristen entspricht.

II. Genf, 7. Dez. Der Völkerbundsrat wird voraussichtlich am Donnerstag die Verhandlungen über die beiden auf der Tagesordnung stehenden Danziger Fragen, die Frage des polnischen Munitionslagers auf der Westerbanks und die des polnischen Anlegehafens beginnen. Berichterstatter für diese Fragen ist das chilenische Ratsmitglied Villegas. Ueber die Regelung der polnischen Exterritorialität auf der Westerbanks wird der chilenische Delegierte für den Rat einen Bericht vorbereiten der wie von gut informierter Seite mitgeteilt wird, eine Regelung vorsieht, die in einem gewissen Grade den Danziger Interessen entspricht. Es ist noch nicht bestimmt, welche Haltung die polnische Regierung zu diesem Vorschlage einnimmt und welchen Vorschlag Villegas über die Frage des polnischen Anlegehafens dem Rat vorlegen wird.

Aus Oberschlesien

Polnische Willkür in der Schulsache.

II. Katowitz, 7. Dez. Die Zustände im Oberschlesischen Minderheitenschulwesen werden immer unhaltbarer. Ein besonders krasser Fall wird jetzt aus Schwientochlowitz berichtet. Dort wurde ein 17jähriges Mädchen, das nach der Prüfung durch den Schweizer Schulsachmann Maurer der deutschen Minderheitschule überwiesen worden war, nach erneuter Prüfung durch polnische Lehrer der polnischen Schule überwiesen, ohne daß die Eltern des Mädchens eine Mitteilung weder von der Gemischten Kommission noch von der Schulbehörde erhalten hätten. Der Schulleiter erklärte lediglich, daß er eine Liste bekommen habe, nach der 17 Kinder aus der Minderheitschule der polnischen Schule zu überwiesen seien. Das Mädchen, das kein einziges Wort polnisch versteht, wird jetzt gezwungen, die polnische Schule zu besuchen. Daß das Mädchen ohne jeden Zweifel der deutschen Minderheit angehört, geht am besten daraus hervor, daß der Bruder des Mädchens ohne jede Beanstandung die Minderheitschule besucht.

Rechnische Widersprüchlichkeiten werden fast täglich berichtet. Es ist daher höchste Zeit daß bei der jetzigen Völkerbundstagung das im Genfer Abkommen garantierte Selbstbestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten über den Schulbesuch ihrer Kinder voll und ganz wiederhergestellt wird.

Frankreich

Schlechte Flugzeuglieferungen an die französische Armee.

II. Paris, 6. Dez. In der Kammer kam es am Montag bei den Militäretatsberatungen zu schweren Angriffen von sozialistischer Seite. Ein sozialistischer Redner stellte fest, daß die Farmasflugzeugwerke bevor sie nur einen einzigen Apparat geliefert hätten, bereits 9 Millionen Franken bekommen hätten. Als die Lieferungen z. T. erfolgt seien, hätten sich die Flugzeuge als unbrauchbar erwiesen. Um die Apparate überhaupt verwendbar zu machen, sei wieder eine Million Franken benötigt worden. Kriegsminister Painleve stimmte teilweise der sozialistischen Kritik zu; er versprach auch den Sozialisten, die günstigen Versuche mit Benzinertrieb, der bedeutend billiger als Benzin sei, in der Armee fortzusetzen. Von sozialistischer Seite wurde außerdem die schlechte Soldatenkost Beschwerde geführt. Mit 5,15 Franken könne kein Soldat beköstigt werden. Die Forderung, daß die Dienstzeit der Soldaten aus Algerien und Tunis, die noch 2 Jahre dienen müßten, mit der eininhalbjährigen Dienstzeit der französischen Soldaten gleichgestellt werden müßte, lehnte der Kriegsminister ab.

Kleine politische Nachrichten

Fraktionsitzungen des Zentrums und der Deutschnationalen. Am Dienstag abend traten im Reichstag die Fraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen zu einer Sitzung zusammen. Beide Parteien beschäftigten sich mit der Besoldungsvorlage. Die Deutschnationalen Volkspartei entschied für die Wiederherstellung der Vorlage der Reichsregierung. Die nach der Abstimmung über die Mißtrauensanträge, bei der Dr. Wirth gegen das Kabinett gestimmt hatte, im Reichstag umlaufenden Gerüchte, daß sich das Zentrum mit dieser Abstimmung seines Fraktionsmitgliedes beschäftigen werde, bewahrheiteten sich nicht. Das Zentrum hat, wie wir hören, in seiner Fraktionsitzung diese Angelegenheit überhaupt nicht berührt.

Ein Schiedspruch für die badische Textilindustrie. Die Verhandlungen in der Lohnbewegung der badischen Textilarbeiter haben am Dienstag vor dem Landesgeschäftler stattgefunden. Nach 8stündiger Verhandlung wurde ein Schiedspruch gefällt, der die Spitzenlöhne der über 25 Jahre alten männlichen Arbeiter von 55 auf 60 Pfennige erhöht.

Ein Flaggengesetz in Preußen. Wie die Morgenblätter melden, wird innerhalb der Parteien der preussischen Regierungskollegien erwogen die Frage der Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze durch ein Initiativgesetz endgültig zu regeln. In dem neuen Gesetz soll bestimmt werden, daß die Beflaggung öffentlicher Gebäude, Straßen und Plätze eine Angelegenheit der Landeshoheit ist, und somit nicht von den Organen der Selbstverwaltung sondern von der allgemeinen Landesverwaltung geregelt wird. Die Beflaggung von Gebäuden die eine Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters sind, z. B. die Handelskammer Landwirtschaftskammer, soll das Staatsministerium bestimmen.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbesprechungen abgebrochen. Die Berliner Blätter berichten, daß die seit zwei Wochen in Rom geführten deutsch-italienischen Besprechungen über die Anwendung des deutsch-italienischen Handelsvertrages ergebnislos abgebrochen worden sind. Die deutsche Regierung hat beschlossen, das im Handelsvertrag vorgeschriebene Schiedsgericht anzurufen.

Die gläserne Welt

32 Roman von Otfried v. Hanstein.

„Sie tanzen gar nicht?“

Sein Herz schlägt unwillkürlich heftig und vermag kaum zu sprechen vor Glück über diese unwahrscheinliche Fügung des Himmels.

„Meine Mutter starb erst vor wenigen Wochen, gnädiges Fräulein. Auch bin ich hier vollkommen fremd in der Gesellschaft und — Sie werden mich auslachen, gnädiges Fräulein — ich kann gar nicht tanzen.“

Auch seine sanfte, weiche Stimme ist ihr sympathisch. Eben beginnt wieder die Musik. Ein Herr schießt auf sie zu.

„Meine Gnädigste, darf ich blitzen? Ein Schimmy.“

„Ja danke, ich bin engagiert.“

Einen fragenden, glücklichen Blick wirft Ulrich Gerlach zu ihr hinüber und sie errötet über die Unwahrheit, die sie sprach. Aber sie sagte sich schnell.

„Ich möchte nicht allzuviel tanzen. Kommen Sie, führen Sie mich in den Wintergarten. Plaudern wir, erzählen Sie mir von Ihrer Mutter.“

Sie nimmt seinen Arm, er fühlt ihre leichte, zarte Hand und weiß sein Glück nicht zu fassen. Erstaunt sehen die Umstehenden auf das Paar.

„Der junge Gerlach. Er, der kein Wort zu reden wagte, und Erika Milanius?“

Sie sind im Wintergarten. Wie heimlich ihn die Palmen anmuten, die Papageien oben, die Orchideen und die dunkelroten Blumen, die Erika in ihrem Schwarzhaar trägt. Seine Gedanken schweifen in weite Fernen. Rote Orchideen, sehen sie nicht fast aus, wie roter Hybisus? Jetzt plötzlich wagt er zu sprechen.

„Sehen Sie, gnädiges Fräulein, noch vor wenigen Wochen lebte ich unter solchen Palmen.“

Sie sieht ihn an. Wie viel hübscher noch ist er jetzt, da stille Sehnsucht und leises Heimweh aus seinen Augen leuchtet. Sie drückt seine Hand.

„Sehen wir uns, erzählen Sie mir etwas von Ihren Palmen.“

Ihr ist eigen zumute. Sie fühlt sich nicht wohl in den Kreisen, in denen ihre Schwester die umschwärmte Königin ist. Sie macht sich nicht viel aus diesen Tänzen. Sie hat eine unwillkürliche Abscheu vor diesen faulen, jungen Herren mit den blasirten Gesichtern und inhaltlosen Gesprächen. Zum erstenmal sieht sie einen ganz und gar anderen Menschen. Sie selbst ist eine still verträumte Natur. Ihr ist, als sei sie diesem Jüngling verwandt. Sie sitzen einander gegenüber in den Sesseln unter der Palme. Aber sie sprechen nicht. Eine unendliche Befangenheit überkommt Erika Milanius. Ihre Brust atmet heftiger. Ihr kleines, liebes, schmales Köpfchen senkt sich auf die junge Brust. Jetzt weiß sie, daß jener Fremde dort sie liebt. Daß er sie liebt seit dem ersten Augenblick, als er sie sah. Und sie fühlt keine Enttäuschung in sich. Es ist so wohligh, von dieser jungen, warmen, treuen, anbetenden Liebe umspinnen zu werden. Und dann plötzlich ist noch Seltsameres. Unwillkürlich hebt sie den Kopf. Ein Lächeln umspielt ihren Mund — sie sieht hinüber zu Ulrich Gerlach und jetzt erkennt sie, daß auch er sie gar nicht mehr ansieht, daß er den Kopf gesenkt hat und seine Augen verträumt und mit sehndem Ausdruck vor sich hinschauen. Sie schüttelt den Kopf. Das ist ihr gar nicht aufgefallen, daß sie beide bisher kein Wort miteinander sprachen. Im Gegenteil, sie hat das Gefühl, als ob sie sich nie in ihrem ganzen Leben so gut unterhalten hätte wie jetzt. Und doch muß sie lachen.

„Herr Gerlach, wissen Sie, wie ich eben dachte?“

Er schaut auf, es ist, als erwachte er aus tiefem Traum.

„Verzeihen Sie, gnädiges Fräulein!“

Sie übersieht seine Verlegenheit.

„Ich dachte eben, Sie hielten mich für eine Wilde von den Paulau-Inseln.“

Er erschrickt.

„Das — das haben Sie gefühlt?“

Sie lachte sie hell auf.

„So ist es wahr? Sie halten mich wirklich für eine Wilde? Sehe ich denn so aus wie eine Menschenfresserin?“

Er blickte sie mit weichem Ausdruck an.

„Verzeihen Sie, aber ich dachte wirklich an ein kleines, kleines Mädchen, das mich einst pflegte, als ich noch ein Knabe war und krank. Ragabuil hieß sie und wunderbar hübsch war sie. Sie wissen ja nicht, wie hübsch sie sind, die Menschen in Baobeltoop. Zarte Glieder hatte sie, wie bräunliches Elfenbein, schwarzes Haar, geschmückt mit roten Hybisusblüten. Und gut war sie. Sie wissen ja nicht, wie gut und treu und harmlos, wie ganz anders als diese Menschen hier, denen niemand ins Herz blickt und die so ganz anders sind und fühlen, als sie reden. Gut und lieb war die kleine Ragabuil — so gut und lieb, wie Sie sind, gnädiges Fräulein.“

Sie blickte ihn nicht an. Und sagt ganz leise:

„Woher wissen Sie, daß ich gut bin?“

„Ich habe es in Ihren Augen gelesen und Sie sind die einzige, die an mir einen Anteil nimmt — die einzige, die mich versteht.“

(Fortsetzung folgt.)

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefkurse.

100 holl. Gulden.	169,35
100 franz. Franken	16,485
100 schweiz. Franken	80,815

Börsenbericht.

Das Geschäft an der gestrigen Börse war gering, die Haltung aber fest und die Kurse teilweise etwas gebessert.

Heilbronner Schlachtviehmarkt.

SB. Heilbronn, 7. Dez. Die Zufuhr auf dem Schlachtviehmarkt betrug: 1 Ochse, 6 Jungriinder, 8 Kühe, 86 Kälber, 205 Schweine. Preise: Ochsen 54, Jungriinder 58-59, 6) 50

bis 54, Kühe a) 32-33, 6) 27-31, Kälber a) 68-70, 6) 60-63, Schweine a) 67-69, 6) 62-65 Mark.

Weilster Stadter Viehmarkt.

Zufuhr: 140 Milchschweine; Preise: 22-45 M pro Paar; Handel flau.

Schweinepreise:

Kalen: Milchschweine 12-25 M. — Gall: Milchschweine 13 bis 23, Käufer 42 M. — Niedlingen: Milchschweine 19-23, Mutterfleisch 130-160 M das Stück.

Buchau a. F.: Milchschweine 15-22 M. — Großengtingen: Milchschweine 17-25 M. — Niederstetten: Milchschweine 15-20 M. — Reutlingen: Milchschweine 18-24, Käufer 40 bis 50 M. — Tuttlingen: Milchschweine 9-18 M. — Waldsee: Milchschweine 18-20 M das Stück.

Viehpreise:

Großengtingen: Ochsen 400-600, Kühe 250-500, Kälber 350-550, Jungvieh 220-300 M. — Reutlingen: Ochsen 600 bis 850, Kühe 300-700, Kälber 480-780, Rinder 4-500, Jungvieh 190-420 M. — Waldsee: Rinder und Jungvieh 180-320, Kälber 400-580, Kühe 230-350, Ochsen 570 bis 720 M das Stück.

Hopfen.

SB. Altingen, OA. Herrenberg, 6. Dez. Hier wurden die letzten Bestände an Hopfen verkauft. Es erzielte eluwandfreie Ware 150, weniger gute 130 und 110 M per Ztr.

Die deutschen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftl. verantwortlich: J. B. Oberprüpator Bauehle

Reichsbund d. Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und -Hinterbliebenen, Ortsgruppe Calw

Am Sonntag, den 11. Dezember 1927 nachmittags 3 Uhr, halten wir im Saale des Badischen Hofes unsere



Weihnachtsfeier

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Concordia“, Aufführung von 3 Theaterstücken.

Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder sowie die Einwohnerschaft von Calw u. Umgebung höflichst ein Eintritt frei Der Ausschub.

Calw.

Grundstücksverpachtung

am Samstag, den 10. Dez. 1927, vormittags 11 Uhr in unserem Geschäftszimmer, und zwar: 92 a Acker im Kapellenberg 15 a Acker (3 Teile) im Kapellenberg a. d. ob. Bahnlinie. Den 7. Dezember 1927. Stadtpflege.

Schallplatten-Konzert

Sonntag abd. 8 Uhr I. Saal d. Hotel Waldhorn

Vorführung der neuen elektr. aufgenommen. Platten, klass. u. unterhalt. Art.

Eintritt frei.

Musikhaus Ernst Kirchherr, Calw Badstraße.



Praktische Geschenke für den Weihnachtstisch

Kaffeefervice u. M. 5 bis M. 45
Speisefervice u. M. 25 bis M. 75
Waschgarnituren u. M. 5 bis M. 22

Hermann Beißer Marktplatz

Der Prophet gilt nichts in seiner Heimat

Dieses Schicksal teilt er mit unserer einheimischen Geschäftswelt. Warum die Sucht, auswärts zu kaufen? Die einheimischen Gewerbe- und Handeltreibenden kennen die Bedürfnisse ihrer Kunden weit besser als die auswärtigen Geschäfte, bei denen jedes persönliche Verhältnis zur Kundschaft fehlt!

Am Samstag und Sonntag

halte ich



Mebel-Suppe

und lade hiezu höflichst ein

Karl Waidelich z. „Nöble“

Am Samstag und Sonntag

Rehessen mit Spätzle

Hiezu ladet höflichst ein

Frau Glück z. Ratsstube.

Wir empfehlen:

Belzwaren

billigst, auch für Kinder

Regenschirme

in jeder Preislage einfache u. moderne

Winterhandschuhe

in Glacé und Waschleder

Hosenträger, Cravatten usw.

Geschw. Deuschle.

Großbrauerei

mit bekannt erstklassigen und gut eingeführten Bieren sucht für Calw und Umgebung eine geeignete Persönlichkeit oder Firma zum Vertrieb ihrer Biere.

Geeignete Herren, die in der hiesigen Gegend bereits eingeführt sind, über eigene Kellerräume und Fuhrwerk verfügen, wollen Angebote unter Nr. B. 286 an die Geschäftsstelle ds. Bl. einreichen.

W. Forstamt Nagold.

Fischwasser-Verpachtung.

Am Montag, den 19. Dez. 1927, nachm. 2 1/2 Uhr wird in der „Köhlerei“ in Nagold das staatliche Fischwasser in der Nagold auf Markung Nagold und Emmingen mit einer Gesamtlänge v. 3,2 km in einem Los auf 10 Jahre (1928-37) verpachtet.

W. Forstamt Hoffstett.

Beigeholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 20. Dezember 1927 nachm. 2 Uhr in Neuweiler, Gasthaus zur „Krone“, aus Staatswald rm; Buchen 61 Schtr., 136 Prgl., 29 Anbr.; Nadelh.: 1 Schtr., 282 Anbr. Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.

Calw.

Im Wege der

Zwangs-vollstreckung

versteigert am Samstag, den 10. dieses Monats vormittags 9 Uhr vor mein. Ranzlei, Salzgasse 62 gegen bare Bezahlung:

1 Chaiselongue, neu Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw Obngemach.

Verbraucht

Nähmaschinen

(auch größere für Schneider) unter jeder Garantie sind wieder zu haben bei Friedrich Herzog beim Nöble

Wir beehren uns zu unserer am Samstag, den 10. Dez. 1927 im Gasthof z. „Löwen“ in Calw stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen,

Karl Hagel, Wildberg
Else Schöttle, Calw.

Kirchgang 1 Uhr.

Feines Schnitzbrot

empfiehlt Gottlob Niethammer, Marktplatz.

Fußpflege, Schmerzl. Entfernung von Hühneraugen, eingewachs. Nägeln etc. Beseitigung von Haaren, Warzen, Leberflecken etc. Verkauf von Schönheitsmitteln. Kosmetisches Institut, Pforzheim, Zerennerstraße 9 (Haus Bäcker Schwarz)

Sprechzeit von 10-1 und 4-7 Uhr. Fernsprecher 3268

Gabardine-mantel

einen blauen Anzug einen hellbraunen u. einen dunkelbraunen

Damen-mantel

im Auftrag sehr preiswert abzugeben

Herrn. Mung Maßschneiderei Calw, Postgasse 188

Dach-pappe

Dachlack
Carbolinum
Toerole
Spezialpappe
Hofort billigst
Stuttg. Asphalt- und
Teergeschäft Cooper
Stuttg., Adolstr. 10
Telephon 407 20
Fabrik in Pforzheim